

## „Aufforderung zur Stellungnahme an den FDGB“

**Stellungnahme des Bereichs Infektionsschutz des Bezirkes Karl-Marx-Stadt vom 2. 10. 1989**

### Aus meinem Tagebuch:

„1. 10. 1989: Etwa 3.000 Flüchtlinge der DDR in der Prager Botschaft und 800 in Warschau werden in Wagen der Deutschen Reichsbahn über die DDR in die BRD ausgebürgert; die Bahnhöfe werden beim Durchfahren dieser Züge gesperrt, weil viele Jugendliche aufspringen, Passanten winken und anderes. Es ist beschämend, dies zu erleben. Abends der DDR-Fernsehkommentar: „... man soll ihnen keine Träne nachweinen ...“ Überall, auch im Bezirks-Hygiene-Institut (BHJ) Karl-Marx-Stadt und in meinem Bereich „Infektionsschutz“ nicht enden wollende Diskussionen. Die Meinung ist einhellig: „So kann das nicht weitergehen, die alte Garde (Stalinisten) muß abtreten“.

Ich formuliere unter diesem Eindruck eine Eingabe an den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB).

2. 10. 1989 (Montag)

Meine Sekretärin schreibt die „Aufforderung zur Stellungnahme an den FDGB“ und gibt sie entsprechend meiner Bitte in den Umlauf zur Unterschrift. Ich tue dies absichtlich nicht selbst, will auch nicht wissen, wer unterschreibt und wer nicht.

Das Original hat folgenden Wortlaut:

An den FDGB-Kreisvorstand

2. 10. 1989

Aufforderung zur Stellungnahme  
Beunruhigt und betroffen verfolgen die Unterzeichnenden, Mitarbeiter des Bereiches Infektionsschutz am Bezirks-Hygiene-Institut Karl-Marx-Stadt, die gravierenden Vorgänge in unserer Gesellschaft in den letzten Wochen:

Beispielloser Exodus von Zehntausenden zumeist jungen Bürgern aus der DDR und Frustration und Resignation auf breiter Ebene.

Offizielle Stellungnahmen der Regierung und aller Parteien und gesell-

schaftlichen Organisationen, auch des FDGB, fehlen bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Die einzig vernehmbaren Stimmen in der Presse, Rundfunk und Fernsehen, die letztlich anonym sind, geben zu tiefster Besorgnis Anlass: Schuldzuweisung an andere, keinerlei Bemühungen zur Ursachenanalyse und Veränderungen in der eigenen Politik. Zum Beispiel: Olaf Dietze im Kommentar der Aktuellen Kamera am 1. 10. 1989, 21.30 Uhr: „... die Ausreisenden haben sich selbst aus der DDR ausgegliedert ... man sollte Ihnen keine Träne nachweinen ...“

Dem widersprechen wir energisch, weil wir „nicht mehr in der Lüge leben wollen ...“ (A. Solshinin).

Wir fordern daher von allen gesellschaftlichen Organisationen, auch vom FDGB, als ersten Schritt die Realisierung der Punkte, die in einem Brief an den Staatsratsvorsitzenden enthalten sind: (voller Wortlaut in „Die Kirche“ vom 17. 9. 1989 und „der Sonntag“ vom 24. 9. 1989.)

1. Offene und wirklichkeitsnahe Diskussion über die Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft zu führen und sie nicht sogleich durch stereotype Belehrungen oder gar Drohungen abzuweisen;

2. kritische Einwände der Bürger aufzunehmen und so zu berücksichtigen, daß sie in erkennbaren Veränderungen wirksam werden, die allen zugute kommen;

3. auf zutreffende Informationen in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft und auf eine realistische Berichterstattung in unseren Medien hinzuwirken, die nicht im Widerspruch zu dem stehen, was der Bürger Tag für Tag selbst sieht und erlebt;

4. darauf hinzuwirken, dass alle Behörden jeden Bürger als mitverantwortlichen Partner respektieren und ihn nicht als Untergebenen bevormunden;

5. für alle Bürger, unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen, Reisemöglichkeiten in andere Länder zu eröffnen;

6. allen ehemaligen DDR-Bürgern, die in ein anderes Land übersiedelt

sind, die Rückkehr offiziell zu ermöglichen.

Sollte in der Frist einer Eingabebearbeitung keine schriftliche Antwort erfolgen (jede weitere Diskussion ist überflüssig), sehen sich die Absender veranlaßt, über ihre weitere Mitgliedschaft in einer Organisation nachzudenken, die es nicht versteht, an der Beseitigung prinzipieller gesellschaftlicher Missstände in der DDR konstruktiv mitzuarbeiten.

Von 51 der Anwesenden des Bereiches Infektionsschutz am Bezirks-Hygiene-Institut Karl-Marx-Stadt an diesem Tage haben 41 – darunter acht Akademiker, Ärzte, Biologen und Chemiker – unterschrieben; zwei sprechen mich an, die nicht unterschrieben haben, und begründen mir ihre Angst vor einer Unterschrift. (Bei mir sind alle 41 Unterschriften im Original einsehbar).

4. 10. 1989: Das Schriftstück geht mit Postzustellerurkunde an den FDGB; ich informiere den Direktor und FDGB-Vorsitzenden des Bezirks-Hygiene-Instituts.

Abends Tumulte auf dem Dresdner Hauptbahnhof ...

5., 6. und 7. 10. 1989: Ich werde mehrfach zum Direktor, zur Institutsleitung und zum Bezirksarzt bestellt. Dort erläutere ich nochmals den Hintergrund: Da alle, die Parteien, auch die SED, die Regierung usw. schweigen, ist jeder Leiter, auch ich, zur Stellungnahme verpflichtet. Der Effekt (über 80 % der gleichen Meinung) ist sehr positiv gewesen; die Gemüter sind beruhigt worden, die Arbeit läuft planmäßig, keine unsinnigen radikalen Handlungen oder Arbeitsverweigerungen, wir garantieren damit den Infektionsschutz einschließlich mikrobiologischer Diagnostik für 2,3 Millionen Bürger des Bezirkes Karl-Marx-Stadt.

Fazit: Mir wird das Misstrauen ausgesprochen und ich werde von meiner leitenden Stellung als Bezirksepidemiologe entbunden.

Einer der acht, die nicht unterschrieben haben, wird mit der Leitung beauftragt. Da er es nicht kann – möglicherweise auch nicht wollte –

und von allen Mitarbeitern negiert wird, bleibt es letztlich alles beim alten.

8.10.1989: Ich sage alle überregionalen Aufgaben (klinische Prüfung der Mumpsimpfstoffe „Stamm SSW 88“ und „Beate Berlin“) beim Zentralen Gutachterausschuss des Ministeriums für Gesundheit in Berlin ab.

9. und 10.10.1989: Erneut Rapport beim Rat des Bezirkes (Bezirksarzt, Parteileitung, und unbekannte Personen – Staatssicherheit oder Bezirksleitung der SED?) und der Leitung des Bezirks-Hygiene-Instituts: Erneut Unverständnis und Tadel wegen staatsfeindlicher Handlung meinerseits. Begründung ähnlich wie am 6. 10.; alle aus der Belegschaft des BHI unterstützen mich.

13. 10. 1989: Zwei Anrufe zu Hause bei meiner Frau, ob es stimme, dass ich verhaftet worden sei ...

14. 10. – 21.10.1989: Ich bin wie gelähmt und zu keiner kreativen Arbeit mehr fähig; fahre daher mit meiner Familie nach Rathen zu einer Familienrüste in die Friedensburg.

18.10.1989: 9. Tagung des ZK der SED: Erich Honnecker ist mit Mittag und Herrmann zurückgetreten.

9. zu 10.11.1989: Maueröffnung – „Mauerfall“ – in Berlin

Die Situation im Bezirks-Hygiene-Institut Karl-Marx-Stadt bleibt bis 1990 unverändert, sowohl personell wie strukturell, die materielle Situation ist weiter sehr bescheiden: 20 Arbeitsorte allein in KMSt ...; aber ein sehr kollegiales Arbeitsklima garantierte immer die mikrobiologische-infektiologische Versorgung der gesamten Bevölkerung des Bezirkes.

Alle im Institut hoffen auf Änderung.

Prof. Dr. med. habil. Siegwart Bigl, Chemnitz



Mauerfall am Brandenburger Tor, 10. November 1989

© Monika Waack